



Nr. 11

17. März 2021

## Inhalt

Reform der Pflegereform

[Mehr Nachhaltigkeit für die Pflegeversicherung](#)

Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen

[Redaktionsverhandlungen abgeschlossen](#)

Internationaler Tag der Sozialen Arbeit

[Soziale Arbeit aufwerten](#)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

[EU-Richtlinie soll es richten](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutscher Realschullehrerverband (VDR) und  
Verband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

[Impfdebakel erfordert klare Maßnahmen](#)

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

[Zukunftspakt Bildung schmieden](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften gefordert](#)

Bund Deutscher Forstleute (BDF)

[Wald-Rendite für die Gesellschaft anerkennen](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Reform der Pflegereform Mehr Nachhaltigkeit für die Pflegeversicherung

**"Wir begrüßen, dass das Bundesgesundheitsministerium trotz der derzeitigen Pandemie an der Reform der Pflegereform festhält", betonte dbb Chef Ulrich Silberbach.**

Zentraler Punkt ist nach wie vor die Begrenzung der pflegebezogenen Eigenanteile bei stationärer Versorgung Pflegebedürftiger. In einem persönlichen Gespräch mit dem Bundesgesundheitsminister Ende vergangenen Jahres hatte der dbb Bundesvorsitzende ein Festhalten an der Reform gefordert. Die Eigenanteile steigen absehbar und spürbar weiter. "Wir müssen hier die Notbremse ziehen, um Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu schützen", sagte dbb Chef Silberbach am 16. März 2021. Die bisher vorgesehene Deckelung auf 700 Euro monatlich für maximal drei Jahre und der anschließende komplette Wegfall der Eigenbeteiligung scheint nun aus Kostengründen aufgeweicht zu werden. "Wir hatten das vorausgesehen und dem Minister ein eigenes Modell vorgeschlagen" so der dbb Chef.

Um diesen zentralen Reformpunkt nicht an den Finanzen scheitern zu lassen hatte der dbb vorgeschlagen, die Zuzahlung nicht vollständig

zu kappen, sondern ab einem bestimmten Betrag 50 Prozent der darüberhinausgehenden Beträge zu erstatten. Durch das dbb-Modell profitierten alle, während bei den nun geplanten Änderungen eine Entlastung gestaffelt nach Verweildauer im Heim erfolgt und erst nach dem ersten Jahr zum Tragen kommt.

"Die vorgesehene Ausweitung der staatlichen Förderung privater Zusatzvorsorge begrüßen wir ausdrücklich, braucht die Pflegeversicherung doch eindeutig mehr Nachhaltigkeit. Und diese ist nur durch ein höheres Maß an Eigenverantwortung möglich. Wir werden uns aktiv in das Gesetzgebungsverfahren einbringen, um einen möglichst optimalen Mix aus Entlastungen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen in einem finanzierbaren Rahmen zu schaffen. Steuerzuschüsse und eine stärkere Einbeziehung der Länder bei den Investitionskosten sind aus Sicht des dbb zentrale Finanzierungsoptionen", so Silberbach.

## Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen Redaktionsverhandlungen abgeschlossen

**Die Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen ist erfolgreich beendet worden. Am heutigen Donnerstagnachmittag wurden in Berlin die Redaktionsverhandlungen zur Tarifeinigung vom 25. Oktober 2020 zwischen dem Bund, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und dem dbb beamtenbund und tarifunion abgeschlossen.**

Dazu Niklas Benrath, Hauptgeschäftsführer der VKA: „Wir haben bis zuletzt hart, aber dabei stets konstruktiv, zu den Details der Umsetzung der Tarifeinigung aus Potsdam verhandelt. Daher freue ich mich umso mehr, dass wir nun auch insbesondere beim letzten großen Streitpunkt, der Entgeltumwandlung zum Zwecke des Fahrradleasings, einen Konsens finden konnten. Mit dem Abschluss der Redaktionsverhandlungen steht der Auszahlung der erhöhten Entgelte bei den kommunalen Arbeitgebern nichts mehr im Wege.“

Gegenstand der Redaktionsverhandlungen waren 20 Änderungstarifverträge und zwei neue eigenständige Verträge zur Entgeltumwandlung beim Fahrradleasing und zur

Corona-Sonderprämie für den Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Der heutigen Einigung waren intensive Verhandlungen zu viele Details des umfangreichen Tarifwerks vorausgegangen. „Ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis, nach schwierigen, bis zuletzt kontroversen aber immer zielorientierten Gesprächen“, kommentierte der dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer die Einigung.

„Der erfolgreiche Abschluss der Redaktionsverhandlungen setzt ein klares Signal an die Beschäftigten: Ihre wichtige Rolle in einer schwierigen Zeit wird gewürdigt. Ohne den öf-

fentlichen Dienst geht es nicht“, betonte Christine Behle, stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

Der Tarifabschluss sieht Entgeltsteigerungen in zwei Schritten von insgesamt 3,2 Prozent in den kommenden zwei Jahren vor. Der Tarifabschluss enthält viele weitere Aufwertungen vor

allem für die Beschäftigten in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen durch eine neu geschaffene Pflegezulage, sowie der Aufstockung der monatlichen Intensiv- als auch Wechselschichtzulage.

## Internationaler Tag der Sozialen Arbeit Soziale Arbeit aufwerten

**Die Corona-Pandemie hat die schwierigen Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der sozialen Arbeit noch einmal verschärft. Die Fachkräftekampagne #dauerhaftsystemrelevant vom Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) fordert mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Der dbb begrüßt die Initiative.**

„In der Krise brauchen besonders Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung eine professionelle und persönliche Unterstützung. Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen schlagen Brücken und sichern vielen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe. Das muss honoriert werden“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach anlässlich des Internationalen Tages der Sozialen Arbeit am 16. März 2021.

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) hat elf Forderungen aufgestellt, um die Profession der Sozialen Arbeit aufzuwerten. Dazu zählen beispielsweise die Vergütung von (Pflicht-) Praktika, mehr Studienplätze sowie eine Integration der Tarifbindung in die Ausschreibungen für soziale Dienstleistungen. „Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, wie

wichtig sozialer Zusammenhalt in der Gesellschaft ist. Wir stehen vor der großen Herausforderung, den Menschen dabei zu helfen, mit den Belastungen und durch die Pandemie verursachten Krisen umzugehen. Soziale Arbeit hat dabei eine Schlüsselrolle: Sie begleitet, unterstützt und stärkt die Menschen, ihr eigenes Leben zu gestalten. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen. Am Internationalen Tag der Sozialen Arbeit machen wir aufmerksam: Soziale Arbeit ist #dauerhaftsystemrelevant! Wenn die politischen Parteien in diesem Land, die Soziale Arbeit stärken wollen: Wir haben elf Ansatzpunkte für die Aufwertung formuliert und dafür setzen wir uns ein“, sagte DBSH-Bundesvorsitzende Nicole Plettau.

## Gleicher Lohn für gleiche Arbeit EU-Richtlinie soll es richten

**Mit verbindliche Entgelttransparenzmaßnahmen will die EU-Kommission in Europa für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen sorgen. Das sei ein längst überfälliger Schritt, sagen dbb frauen Chefin Milanie Kreutz und CESI FEMM Vorsitzende Kirsten Lühmann.**

„Transparenz ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen Entgeltdiskriminierung. Aber ohne verbindliche Regelungen, das haben wir hier in Deutschland gesehen, verpufft der Effekt eines gut gemeinten Gesetzes“, betonte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 12. März 2021. Vom EU-Richtlinienvorschlag erhofft sie sich nun die nötige Durchschlagkraft. „Deutschland liegt im internationalen Vergleich bei der Eindämmung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Män-

nern weit hinten. Frauen verdienen hier durchschnittlich 18 Prozent weniger als Männer. Der Vorstoß der Kommission ist ein Schritt in die richtige Richtung, um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden“, so Kreutz.

Kirsten Lühmann, die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende im Ausschuss für Chancengleichheit (FEMM) der Europäische Union der unabhängigen Gewerkschaften (CESI), begrüßt den Vorstoß der EU-Kommis-

sion, Entgelttransparenz über verbindliche Regelungen herzustellen: „Das Recht auf gleiches Entgelt für die gleiche oder gleichwertige Arbeit zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern ist seit dem Vertrag von Rom von 1957 ein Grundprinzip der Europäischen Union. Mangelnde Vergütungstransparenz ist eines der Haupthindernisse für die Durchsetzung dieses Rechts. Der Vorschlag zur Transparenz des Entgelts ist folglich ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung des Grundsatzes.“ Lühmann stellte heraus, dass der Vorschlag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein unterstützendes Mittel sei, um ihre Rechte zu kennen und geltend machen zu können. „Frauen verdienen die gebührende Anerkennung, Gleichbehandlung und Wertschätzung für ihre Arbeit. Arbeitgeber müssen diese Vor-

gaben erfüllen. Der Vorschlag ist ein guter Ansatz hierfür“, so Lühmann.

#### Hintergrund

In der EU lebende Frauen verdienen im Schnitt 16 Prozent weniger als Männer. Damit Frauen und Männer in der EU bei gleicher Arbeit künftig auch gleiches Entgelt erhalten, hat die Europäische Kommission am 4. März 2021 einen Richtlinienvorschlag für verbindliche Entgelttransparenzmaßnahmen vorgelegt. Vorgesprochen werden Maßnahmen, wie beispielsweise Berichterstattungspflichten für Unternehmen, Auskunftsansprüche oder verpflichtende Angaben zum Entgelt für Arbeitsuchende. Bei dem Vorhaben handelt es sich um einen der politischen Schwerpunkte von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Deutscher Realschullehrerverband (VDR) und  
Verband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)  
**Impfdebakel erfordert klare Maßnahmen**

**Nachdem die Bundesregierung die Schutzimpfungen mit dem Vakzin von AstraZeneca zunächst ausgesetzt hat, ist nun auch das Impfversprechen an die Lehrerschaft hinfällig. Der teilweise Wiedereinstieg in den Präsenzunterricht wird von den Bildungsgewerkschaften im dbb kritisch gesehen.**

„Das Desaster um den Impfstoff Astrazeneca verzögert die Impfstrategie im ganzen Bundesgebiet weiter. Die Verantwortlichen müssen daher verantwortlich in ihrer Fürsorgepflicht für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen handeln“, forderte Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), am 16. März 2021.

„Umso wichtiger ist es jetzt, die Inzidenzwerte als Grenz- und nicht als Richtwert zu verstehen und jegliche Auslegungspraktiken in einzelnen Regionen zu stoppen. Über einem Sieben-Tage-Inzidenzwert von 100 dürfen Schülerinnen und Schüler nicht in die Schulen in den Präsenzunterricht geschickt werden. Solange keine Impfungen für die Lehrkräfte vorgehalten werden, gelten definitiv verschärfte Maßnahmen nach dem bereits klar definierten Stufenplan“, so dbb Vize Böhm.

„Angesichts der Tatsache, dass in dem ‚Instrumentenkoffer‘ jetzt wieder nur noch die AHA-

Regeln mit Stoßlüften verbleiben, ist es verantwortungslos, die Schulen offen zu halten“, sagte Joachim Maiß, Bundesvorsitzender des Verbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), am 15. März 2021.

Das Risiko, dass infolge voller Schulbusse und ebenso voller Schulen das Infektionsgeschehen außer Kontrolle gerät, sei unkalkulierbar. „Deshalb müssen die Schulen bis Ende der Osterferien geschlossen werden und verlässlicher Unterricht auf Distanz erfolgen“, sagte Maiß. Erst wenn Hygienemaßnahmen und Gesundheitsschutz gewährleistet sind sowie praktikable Teststrategien für die einzelnen Schulen stehen und Impfangebote für alle Lehrkräfte vorhanden sind, können die Schultüren mit Augenmaß für Präsenzunterricht wieder geöffnet werden. „Dabei dürfen Inzidenzen und Stufenpläne nicht nach Gutsherrenart ständig neu definiert und Grenzwerte missachtet werden“, so Maiß.

## Deutscher Philologenverband (DPhV) **Zukunftspakt Bildung schmieden**

**Der Deutsche Philologenverband (DPhV) erwartet von den Kultusministern und den Ministerpräsidenten der Länder, dass zeitnah die Bildungs-Weichen für die Zeit nach der Corona-Pandemie gestellt werden. Notwendig seien Maßnahmen zum Schulbau, zur Entlastung der Lehrkräfte sowie für eine bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler, wie der DPhV am 17. März 2021 mitteilte.**

„Corona zeigt uns gnadenlos auf, wo wir in der Zeit vor der Pandemie nicht genügend in unser Bildungssystem investiert haben. Die Kultusministerkonferenz muss den Ministerpräsidenten ein ‚Zukunftspakt Bildung‘ abverlangen, damit wir nach der Pandemie aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben“, stellte die Verbandsvorsitzende Susanne Lin-Klitzing klar.

Die Ministerpräsidenten und der Bund müssen nach Auffassung des DPhV die Kommunen für eine zeitgemäße Ausstattung der Schulgebäude konzeptionell und finanziell unterstützen. Lehrkräfte bräuchten eine Entlastung durch eine planmäßige Senkung des Unterrichtsdeputats sowie die Gewinnung von mehr Lehrkräftenachwuchs. Nicht zuletzt müssten finanzielle Rücklagen und geschultes Personal

für die fachbezogene Einzel- und Kleingruppenförderung parallel zum herkömmlichen Unterricht mit verbesserten Rahmenbedingungen für alle Beteiligten zur Verfügung stehen.

In einem Zukunftspakt Bildung soll zudem ein ergänzendes Mentoring für Kinder und Jugendliche in Präsenz und per Telefon enthalten sein: Geschulte Studierende begleiten Kinder und Jugendliche bei ihrer Tagesgestaltung und ihren Zielen beim Lernen.

„Heute aus den Fehlern des Gestern zu lernen und das Morgen im Blick zu haben – das ist das Ziel von Bildung und das ist mit dem ‚Zukunftspakt Bildung‘ jetzt Aufgabe der Ministerpräsidenten sowie ihrer Finanz- und Kultusminister“, sagte Lin-Klitzing.

## Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften gefordert**

**Die Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer (GÖD-aps) aus Österreich und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) aus Deutschland haben am 15. März 2021 den flächendeckenden, bedarfsgerechten Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften gefordert.**

„Schulgesundheitsfachkräfte können in akuten Fällen zur Hilfe gezogen werden und schnell alles Notwendige regeln. Außerdem wären sie gerade in Pandemiezeiten ideale Partner vor Ort: Schnelltests machen, Fieber messen, Präventionsarbeit leisten – all das könnten Aufgaben von Schulgesundheitsfachkräften sein. Leider hat die Politik es in den letzten Jahren versäumt, rechtzeitig zu reagieren. Bereits seit vier Jahren setzt sich der VBE in Deutschland für die Einsetzung ein. Doch die Politik reagiert nicht. Dabei wäre es ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Schulinfrastruktur, jetzt die gelungenen Pilotprojekte aus Brandenburg und Hessen flächendeckend in Deutschland und

Österreich umzusetzen“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender der Deutschen Interessenvertretung.

Die beiden Verbände haben eine gemeinsame Erklärung verfasst, in der sie die positiven Effekte auf die ganze Schulgemeinschaft betonen. So zeigten die Pilotprojekte eine bessere psychische und physische Konstitution aller Beteiligten, ein höheres Gesundheitswissen und eine bessere Vernetzung mit weiteren medizinischen Einrichtungen. Zudem können Zuständigkeiten entflechtet und Lehrkräfte durch Schulgesundheitsfachkräfte spürbar entlastet werden.

## Bund Deutscher Forstleute (BDF) Wald-Rendite für die Gesellschaft anerkennen

**Die Wälder stehen angesichts des Klimawandels vor gewaltigen Problemen. Gleichzeitig entdecken seit der Corona-Pandemie immer mehr Menschen die positiven Wirkungen eines Aufenthaltes im Wald. Der Deutsche Wanderverband (DWV) und der Bund Deutscher Forstleute (BDF) fordern anlässlich des Internationalen Tages des Waldes am 21. März 2021, dass der Wald als unverzichtbarer Erholungsraum fokussiert wird.**

Das Fundament für die Erholung im Wald ist in Gefahr – die Wälder selbst. Nur ein Fünftel aller Waldbäume haben laut Waldzustandsbericht 2020 eine intakte Krone. BDF-Vorsitzender Ulrich Dohle: „Ursachen sind Hitze und Trockenheit. Das schwächt die Bäume und macht sie anfällig für Schäden zum Beispiel durch den Borkenkäfer.“ Mit dem Klimawandel nähmen die Probleme künftig noch zu und zugleich steige der Besucherdruck. Der BDF-Vorsitzende fordert deswegen, den Wald stärker als Erholungsraum zu sehen. Die Forstwirtschaft dürfe ihr Handeln nicht alleine an der Rendite aus dem Holzverkauf orientieren. Stärker als bislang müsse die Rendite für die Gesellschaft in den Blick geraten. „Beim nötigen Waldumbau müssen wir Erholung und damit gesundheitliche sowie soziale Effekte, aber auch die Waldästhetik stärker mitdenken“, so Dohle.

Daraus leitet der BDF ab, auch verstärkt in Infrastruktur, Umweltbildungsaspekte und vor allem in das Management der Erholung im Wald zu investieren. Dafür seien mehr Förster, Forstwirtinnen, Waldpädagoginnen und Wald-ranger nötig. „Damit die Freizeitnutzung des Waldes naturverträglich stattfindet, muss diese durch Fachleute professionell gemanagt werden“, fordert Dohle. Aber auch die bisher rein forstwirtschaftlichen Förderprogramme sollten auf die Ansprüche der Walderholung erweitert werden. Waldvermehrung etwa in Form von Grüngürteln in Ballungsräumen und Konzepte für die Bewirtschaftung und Gestaltung der Erholungs- und Tourismuswälder seien vermehrt nötig, wie der aktuelle Run auf die Wälder zeige.

## ***Namen und Nachrichten***

Der Thüringer Landtag hat am 12. März 2021 das „Zweite Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie“ verabschiedet. Damit wurde auch das Personalvertretungsgesetz (ThürPersVG) dahingehend geändert, dass Umlaufbeschlüsse wieder möglich sind, teilte der **tbb** mit.

### **Termine**

25. März 2021  
dbb bundeshauptvorstand

13. April 2021  
12. dbb bundesfrauenkongress